
192/A-BR/2013

Eingebracht am 07.02.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Antrag

der Bundesräte Edgar Mayer, Mag. Susanne Kurz, Gottfried Kneifel, Mag. Gerald Klug, Monika Mühlwerth, Elisabeth Kerschbaum
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Abhaltung einer parlamentarischen Enquete gemäß § 66 GO-BR zum Thema
„Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern und Gemeinden“

Der Bundesrat wolle beschließen:

Gemäß § 66 GO-BR wird eine parlamentarische Enquete abgehalten, wobei hinsichtlich des Termins, des Gegenstandes, der Tagesordnung und des Teilnehmer/-innenkreises folgendes beschlossen wird:

1) Termin:

Dienstag, 9. April 2013, 10.00-16.00 Uhr im BR-Sitzungssaal

2) Gegenstand:

„Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern und Gemeinden“

Die Enquete soll einen Überblick über den aktuellen Stand der Instrumente direkter Demokratie und der Bürgerbeteiligung in Österreich und im benachbarten Ausland bieten und der Politik Handlungsempfehlungen geben.

3) Tagesordnung und Referent/-innen:

Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten

Eingangsstatement: LH Mag. Markus Wallner

Modul 1: Grundsatzfragen

10.20-10.40 Uhr

Direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung in der österreichischen Bundesverfassung - unter Berücksichtigung aktueller Gesetzesinitiativen

Em. Univ. Prof. Dr. Theo Öhlinger

10.40-11.00 Uhr

Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger zur direkten Demokratie

Univ. Prof. Dr. Max Haller, Universität Graz

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Modul 2: Praxis und neue Instrumente11.00-11.20 Uhr*Das Modell der Vorarlberger Bürgerräte*

Dr. Manfred Hellrigl, Zukunftsbüro Amt der Vorarlberger Landesregierung

11.20-11.40 Uhr*Instrumente und Praxis direkter Demokratie in Österreich auf Länder- und Gemeindeebene*

Univ. Prof. Dr. Klaus Poier, Universität Graz

11.40-12.00 Uhr*Praxiserfahrungen zu den Volksbefragungen in Wien*

Dr. Christine Bachofner, Magistrat Wien

Diskussion12.30-13.30 Uhr

Mittagspause

Modul 3: Europa und benachbarte Staaten13.30-14.10 Uhr*20 Jahre Unionsbürgerschaft..unterwegs zur transnationalen Mitbestimmung?*

sowie

Instrumente der direkten Demokratie im Mehrebenensystem: Erfahrungen aus Deutschland und der Schweiz unter Berücksichtigung des Verfahrens im Vorfeld (Vorbereitungs- und Informationsszenarien)

Dr. Nadja Braun Binder, Universität Speyer

Diskussion

Abschlussrunde mit politischen Statements der Fraktionen

Ende: ca. 16.00 Uhr**4) Teilnehmerkreis:**

Teilnahmeberechtigt sind

die Referentinnen und Referenten

18 Bundesrätinnen und Bundesräte im Verhältnis 7 ÖVP : 7 SPÖ : 2 FPÖ : 2 Fraktionslose (1 G, 1 „Liste Fritz“)

8 Mitglieder des Nationalrates im Verhältnis 2 SPÖ : 2 ÖVP : 1 FPÖ : 1 Grüne : 1 BZÖ : 1 Team Stronach

je 1 Vertreter/in

des Bundeskanzleramtes

des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie

des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend

des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten

des Bundesministeriums für Gesundheit

des Bundesministeriums für Finanzen

des Bundesministeriums für Inneres

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

des Bundesministeriums für Justiz
 des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport
 des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur
 des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

weitere je 1 Vertreter/-in der Landesregierungen der Bundesländer

die Präsidenten/in der Landtage sowie je 1 Vertreter/-in der Landtage

1 Vertreter/-in der Volksanwaltschaft

1 Vertreter/-in der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Je 1 Vertreter/-in

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz
 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck
 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Linz
 der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg

Je 1 Vertreter/-in des Österreichischen Gemeindebundes

Je 1 Vertreter/-in des Österreichischen Städtebundes

Weitere je 1 Vertreter/-in der Sozialpartner:

- der Wirtschaftskammer Österreich
- der Bundesarbeiterkammer
- des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
- der Landwirtschaftskammer Österreich

1 Vertreter/-in des Instituts für Föderalismus

Je 1 Vertreter/-in des

- Vereins „Mehr Demokratie!“
- Vereins „Demokratiebegehren MeinOE - Demokratie jetzt!“
- „Mein Parlament“
- „Volksgesetzgebung jetzt“

Gemäß § 66 Abs. 3 GO-BR wird der Öffentlichkeit nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten, unter Bevorzugung von Medienvertretern, Zutritt gewährt.

Vorsitz:

10.00-11.30 Uhr	Präsident des Bundesrates
11.30-12.30 Uhr	Vizepräsident/-in des Bundesrates
13.30-14.30 Uhr	Vizepräsident/-in des Bundesrates
14.30-16.00 Uhr	Präsident des Bundesrates

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag gemäß § 16 Abs. 3 GO-BR ohne Ausschussvorberatung unmittelbar in Verhandlung zu nehmen.